

Deutschland.

Berlin, 9. Dezember. Sr. Majestät der König wohnte am Sonntag Abends der Vorstellung im Opernhause bei, ließ sich Montag Morgens von den Hofmarschällen Grafen Pücker und Verponcher, dem Geheimen Rabinetsrath v. Mühlner, dem Oberstkämmerer Grafen Redern u. Vorträge halten, und erhielt alsdann Audienzen beim General-Feldmarschall Grafen Wrangel, dem Herrn v. Bunsen und dem Fürsten zu Hohenburg-Büdingen. Nachmittags machte Sr. Majestät eine Ausfahrt und arbeitete vor dem Diner mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck, welcher am Sonntag früh von der Hasenajagd zu Ahrenburg in Holstein wieder hierher zurückgekehrt ist.

Der Justizminister Dr. Leonhardt wurde am Sonntag Mittags von Sr. Königl. Hohheit dem Kronprinzen und den übrigen Königl. Prinzen empfangen.

Am 7. Dezember d. J. waren 60 Jahre verlaufen, seitdem der als vieljähriger Alterspräsident bekannte Wirtl. Geheimrath und Ober-Präsident v. Frankenberg-Ludwigsdorf in den Königl. Justizdienst eingetreten. Eine vorfrühte Nachricht über den Ablauf dieses Zeitabschnitts hatte schon am 4. d. M. entfernte Freunde herbeigerufen, welche dem Jubilar am frühen Morgen dieses Tages mit einem vorfrühten Choralgesang überraschten. Viele Besuche und zahlreiche Gratulationsbriefe füllten diesen und die nachfolgenden Tage aus. Am späten Abend des 6. empfing der Jubilar einen Glückwunsch des forden abgetretenen Justiz-Ministers, Grafen zur Lippe, welcher ihn, bei tiefer Bewegung, doch sehr erfreut zu haben scheint. — Am 7. brachten ihm die Beamten des Herrenhauses ihre Glückwünsche dar. Zahlreiche Besuche und sinnreiche Geschenke reichten sich daran an. Die an diesem Tage um 11 Uhr im Herrenhause stattfindende Sitzung der Justiz-Kommission nahm die Theilnahme des Jubilars in Anspruch. Der Vorsitzende der Kommission empfing ihn mit herzlicher Ansprache. Im Laufe der Beratung ging ein an den Jubilar gerichteter eigenhändiges Schreiben Sr. Maj. des Königs ein, welches sofort, unter großer Theilnahme der Kommissions-Mitglieder, verlesen wurde. Dieses Allerhöchste huldreiche Schreiben gab dem Feste die eigentliche Weihe und der Jubilar betrachtete es als den Glanzpunkt seines ganzen reichen Lebens. Während der Sitzung wurde der Jubilar fortwährend durch Besuche, vornehmlich durch die Gratulation einer Deputation der großen konservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses erfreut. Der Wirtl. Geh. Rath Präsident Graf Wittberg hatte an diesem Tage die Ehre und Freunde des Gefeierten zu einem Mittagsmahle vereinigt. Dabei wurde des Königs Majestät mit der Empfindung des tiefsten und ehrfurchtsvollsten Dankes gedacht und das Königl. Schreiben verlesen, dann seitens des Gastgebers ein reiches und bereicherter Toast ausgebracht, der sofort beantwortet wurde. Man trennte sich am späten Abend, dankbar gegen den gütvollen Wirt, mit dem allseitigen Wunsche, daß der jugendliche Kreis dem Könige, dem Vaterlande, seinen Verehrern und Freunden noch lange erhalten bleiben möge.

Das Königl. Handschreiben, zur Veröffentlichung Allerhöchste gestellt, lautet wie folgt: Berlin, 7. Dezember 1867. Sie feiern heute den Tag, an welchem Sie vor 60 Jahren Ihre Kräfte dem Dienste Ihrer Könige und dem Vaterlande widmeten. Der Beruf, dem Sie Ihrer Wahl nach Ihre Lebensstätigkeit widmeten, hat Sie nicht abgehalten in den Tagen, wo es sich um die Existenz des Staates handelte, den Degen zu ergreifen und Ihr Leben auf dem Schlachtfelde einzusetzen. Ihre erfolgreiche Thätigkeit in Ihrem Berufe, die mannigfachen und unausgerechneten Geschäfte, die Ihnen das Vertrauen und die Achtung Ihrer Mitbürger — ich möchte sagen — fast aufbürdete; Rath und That für Jedermann habend — das sind Erfolge, für die Ihr eigenes Gewissen Ihnen den höchsten Lohn zollt. Wie die Könige, Meine Vorfahren, Ihre Hingebung für den Dienst des Vaterlandes zu ehren wußten, beweiset Ihre Brust. Aber Mir sei es vergönnt, beim Ausspruche Meines Glückwunsches zu Ihrem so seltenen Feste, durch Verleihung des Großkreuzes Meines Rothen Adler-Ordens, es vor der Welt zu bekunden, in welchem Maße Ich Ihre Verdienste ehre und anerkennend zu belohnen wünsche. Mögen Sie noch lange Ihre Kräfte Mir und dem Vaterlande erhalten. Ihr dankbarer König.

(gez.) Wilhelm.

Die Erklärungen des Regierungskommissarius gegenüber den Petitionen, betreffend die Reform der Kreis- und Provinzialordnung, sowie der ländlichen Polizei und den Erlaß einer Gemeindeordnung lauten nach dem Kommissionsbericht: „Die Staatsregierung sei nicht abgeneigt, auf dem Gebiete des Gemeindelebens die Wünsche der Volksvertretung in Erwägung zu ziehen; und auch bereit, die Gemeindeverfassung, sobald hierzu ausreichendes Material vorliege, einer Revision zu unterwerfen und dabei diejenigen Abänderungen zu treffen, die durch ein wirkliches Bedürfnis bedingt werden sollten. — Die Staatsregierung habe indessen jedes Vorgehen auf diesem Gebiete bisher unterlassen, einerseits, weil durch die organisatorischen Geschäfte des laufenden Jahres ihre Arbeitskräfte hinlänglich in Anspruch genommen wurden, und andererseits, weil sie der Meinung sei, daß zuvörderst die Fortbildung der Kreisverfassung, die das Fundament des politischen Gemeindelebens bilde, abgewartet werden müsse, bevor mit legislativen Maßnahmen auf dem Gebiete der Gemeindeverfassung vorgegangen werden könne. Ueberdies seien der Staatsregierung bestimmte Anknüpfungspunkte gegen die jetzt bestehende Gemeindeverfassung, abgesehen von dem Verlangen, den Gemeinden die Wahl ihrer Vorstände zu überlassen, nicht bekannt geworden. — Was die gutsherrliche Polizei anbetreffe, so sei auch hier die Staatsregierung nicht abgeneigt, die bessernde Hand anzulegen überall, wo sich ein Bedürfnis dazu herausstelle. — Dagegen scheine ihre keine Veranlassung vorzuliegen, mit einer Aufhebung oder Umgestaltung der gutsherrlichen

Polizei vorzugehen, und sie werde sich hierzu nicht entschließen können, so lange ihr nicht die Ueberzeugung gewährt werde, daß die etwa vorschlagenden neuen Einrichtungen besser seien, als die bisher bestehenden.“ — Die Gemeindefunktion hat trotzdem beschlossen, sämtliche Petitionen der Staatsregierung mit der Anforderung zu überweisen, noch in dieser Session der Landesvertretung den Entwurf einer neuen Kreisordnung und einer Provinzialordnung, sowie ein Gesetz wegen Aufhebung der gutsherrlichen Polizei vorzulegen. — Berichterstatter ist Abg. Dr. Zette.

Das erste Verzeichnis der beim Abgeordnetenhaus eingegangenen Petitionen weist 125 Nummern nach. Davon sind überwiesen: der Petitions-Kommission 36, der Agrarkommission 4, der Handelskommission 10, der Finanzkommission 17, der Justizkommission 28, der Gemeindefunktion 26, der Unterrichtskommission 12, der Budgetkommission 2. Unter diesen Petitionen befinden sich mehrere um Einführung der Civilehe, um Emancipation der Kirche vom Staate und der Schule von der Kirche, verschiedene für und gegen die Gewerbefreiheit, mehrere um Aufhebung der Schulhaft; 13 Petitionen bitten um Erlaß einer neuen Kreis- und Gemeindeordnung, verschiedene um Erlaß des in der Verfassung versprochenen Schulgesetzes. — Mehrere Städte petitioniren um die Heranziehung der königlichen Bankomtoire und Kommanditen zur Kommunalsteuer; mehrere Invaliden bitten um Erhöhung der Invalidenpension, mehrere Einwohner aus der Umgegend von Jüßted um Kriegsentwöhnung für die durch die Schlacht von Jüßted 1850 erlittenen Verluste. — Das Vorstandsamt der Kaufmannschaft zu Königsberg bittet um Erhebung der Nachbelle auf diplomatischem Wege, die noch immer für den Handelsverkehr mit Rußland bestehen. — Mehrere Petitionen bitten um endliche Gleichstellung der Juden in jeder Beziehung; ein Petent bittet um bessere Einrichtung und ausgedehntere Verbreitung der stenographischen Verträge des Hauses; mehrere Subalternbeamten bitten um Gehaltsverbesserung.

Der „Köln. Ztg.“ berichtet man von hier: Die mehreren norddeutschen und süddeutschen Zeitungen telegraphirte Nachricht, Preußen habe Baierns sogenannte Verwahrung gegen die Ratifikationsklausel des Zollvereinsvertrages ausdrücklich zurückgewiesen, wird in unterrichteten Kreisen stark bezweifelt. Baierns Verwahrung war nicht gegen die Sache, sondern nur gegen das etwaige Mißtrauen Preußens gerichtet. Angesichts des Botums des Reichstages und der Zustimmung des Bundesrathes könnte Preußen nur mit der Klausel oder gar nicht ratifiziren. Württemberg hatte angefragt, ob Preußen durch die Annahme der Garantie-Bündnisse die Klausel als erledigt ansehe. Preußen soll erwidert haben, der Reichstags-Beschluß, so wie die Zustimmung des Bundesrathes habe die Klausel notwendig gemacht und in so fern könne diese allerdings nicht ohne Weiteres als erledigt angesehen werden. Die Ansicht des Bundes-Präsidiums habe Graf Bismarck im Reichstage dahin ausgedrückt, daß die Ratifikation der Souveräne keinen Zweifel an der Vertragstreue zulasse.

Berlin, 9. Dezember. (Haus der Abgeordneten.) 13. Sitzung. (Fortf.) Abg. Dunder: Wir hatten eine Erklärung der Regierung darüber erwartet, in welcher Weise sie sich denn die künftige Stellung des auswärtigen Ministeriums in Preußen denkt, da doch so viele wichtige Zweige auf den norddeutschen Bund übergegangen sind. Es entsteht die Frage, ob wenn der norddeutsche Bund nach Außen diplomatisch auftritt, dies geschehen soll durch preussische Konsuln oder durch eine besondere Bundesdiplomatie, wie der Anfang in den Bundeskonkulationen gemacht ist. Soll die preussische Gesandtschaft Organ des Bundes werden, so können wir unmöglich eine Summe votiren, die einer größeren Gemeinschaft zur Last fallen sollte. Dies ist eine einfache Forderung der Gerechtigkeit. Daneben hat aber die Frage noch eine politische Tragweite. Denn von der Stellung der Staatsregierung zu dieser Frage hängt es ab, ob sie sich ferner in freiwillig friedlichem Wege zu entwickeln gedenkt, oder auf dem Wege des Bruderkrieges. (Unruhe rechts.) Wenn die Herren nur Geduld haben, so werden Sie sehen, daß dies zu beweisen ist. So lange die preussische Regierung nicht unabweisend erklärt, daß sie sich nur betrachtet als Vertreter des gesammten Vaterlandes; so lange sie nicht in der Diplomatie auf jede Sonderstellung verzichtet, so lange wird die Mißgunst in den übrigen deutschen Staaten wachsen, so lange werden sie sagen, es sei Preußen nicht Ernst mit der Sache, Preußen wolle nur seine eigene Vergrößerung; denn, folgern sie, Preußen will auf seine Großmachstellung nicht verzichten, weil es der neuen Gestaltung der Dinge nicht traut und sich den Rückgang in seine frühere Stellung zurückbehalten will. Auch in anderer Beziehung erschwert sich die Regierung ihre Stellung, denn die neuesten diplomatischen Vorkommnisse haben bewiesen, daß ein norddeutscher Kleinstaat sich eine Zurückweisung vom Herrn Bundeskanzler zugezogen hat, weil er sich in europäische Arrangements eingelassen hat. So lange Preußen auf seine Sonderstellung nicht verzichtet, kann derartigen Mißständen nicht mit Kraft und Nachdruck entgegen getreten werden. Zwar erkenne ich an, daß wir uns im Augenblicke noch in einem Uebergangsstadium befinden, allein es ist unsere Pflicht, die Ausgabe der Gelder genau zu prüfen und zu verlangen, daß die Sache klar gelegt werde. Die Durchsicht der einzelnen Etats-titel zeigt wirklich hohe Summen, von denen man glauben sollte, daß sie durch die neuen Verhältnisse überflüssig geworden, z. B. die Unterhandlungen bei dem Hamburger Senat. Noch unbedeutender dürfte die diplomatische Beziehung mit den Großherzogthümern Oldenburg und Weimar sein. Die Vertretung Preußens am sächsischen Hofe dürfte schon eher anzuerkennen sein. Die übrigen Gesandtschaftsposten innerhalb des norddeutschen Bundes bitte ich abzulegen. Ich kann aus diesen Gründen nur die Annahme des Bismarckschen Antrages empfehlen und hoffe, daß eine entsprechende einheitliche Vertretung durchgeführt werden wird.

Abg. Graf zu Eulenburg: Das zu erstrebende Ziel einer einheitlichen Vertretung wird wohl auf beiden Seiten des Hauses als dasselbe angesehen werden, aber ebenso glaube ich auf die Uebereinstimmung darin rechnen zu können, daß ohne Herbeiführung eines schädlichen Vacuums diese Forderung so plötzlich verwirklicht werden könne. Der Bismarcksche Antrag scheint mir über das Ziel hinauszugehen, weil er im ersten Theile die Uebertragung des gesammten auswärtigen Ministeriums auf den norddeutschen Bund verlangt, da es sich doch nur um die Vertretung außerhalb des Bundes handeln kann. Für noch unrichtiger halte ich den zweiten Theil, die Gesandtschaften innerhalb des Bundes aufzuheben. Gerade innerhalb des Bundes dürfte eine diplomatische Vertretung unentbehrlich sein. Was das betrifft, daß durch Beibehaltung der auswärtigen Gesandtschaften die partikularistischen Sonderbestrebungen gefördert würden, so brauche er nur auf die der heftigsten Regierung geschickte Note hinzuweisen. Er bitte, über die beiden Punkte des Bismarckschen Antrages getheilt abstimmen zu lassen und stellt andernfalls das Amendement, die Staatsregie-

rung zu erfuchen, die außerhalb des Bundes bestehenden bisherigen preussischen Gesandtschaftsposten auf den Bundesetat zu stellen. — Abg. Birchow: Ich finde, daß seit Jahren ein stetes Wachsen der Ausgaben eingetreten, das auch in diesem Jahre noch nicht geendet. Wenn zu unseren speziellen Ausgaben noch die hinzukommen, welche für die auswärtige Vertretung noch an den Bund abzuführen, so hat sich in den letzten zwanzig Jahren die Ausgabe verdoppelt. Ich weise noch auf einen Etatsposten, auf die Wartegelder hin, im Etat des Finanzministeriums. Derselbe beläuft sich auf 55,000 Th., worunter 38,000 Th. allein auf die mit den neuen Landesheeren übernommene Diplomatie, — die erbittertesten Feinde Preußens kommen. Es wäre erwünscht, wenn die königliche Staatsregierung das Haus und das Volk aufklären wollte, warum diese Gesamt-Ausgaben vom preussischen Volke allein getragen werden sollen? Nur zwei Möglichkeiten sind denkbar. Entweder ist der Moment noch nicht gekommen, wo wir das Ausland zur Anerkennung des norddeutschen Bundes zwingen können, oder die finanzielle Lage des Bundes ist eine derartige, welche die Uebertragung der diplomatischen Vertretung auf ihn nicht gestattet. Dann wäre ich der Ansicht, daß diese Momente für die Abklärung seines Bestehens sprächen. (Murren rechts.) Wenn das preussische Volk alle Desistis bedenken soll, dann ist es in der That ein armes Volk, ein zu bedauerndes. Wenn wir ferner sehen, daß die preussische Diplomatie nur die Kunst kennt, freigebig zu sein, so muß ich gestehen, daß wir diese Kunst nicht auf die Dauer anerkennen können. Jetzt müssen wir den neuen Provinzen schon Aufschüsse von unseren Einnahmen gewähren, wie bei Hohenollern und Waldeck der Fall war. Sie, die die Regierung unterführt, gehen davon aus, daß es nur eine einzige Person in der ganzen Monarchie gäbe, welche im Stande ist die gesammte Diplomatie zu leiten. Wenn dies in der That richtig ist, dann würde daraus hervorgehen, daß eine so kostbare Institution keine glücklich geleitete gewesen ist, und daß das veranschlagte Geld nicht die erwarteten Früchte getragen.

Ministerpräsident Graf Bismarck: Ich will nur in kurzen Worten einige Irrthümer des Vorredners berichtigen, und behalte mir vor, später meine Ansicht über den Antrag Bismarcks-Kannegießer zu äußern. Wenn der Hr. Vorredner hier erwähnt, daß wir an Männer, welche Preußen seither feindlich gegenüber gestanden, wie der Graf v. Platen-Gallermund Pensionen zahlen, so muß ich erklären, daß dies nicht der Fall ist, und weiß ich nicht, aus welcher trüben Quelle der Hr. Vorredner seine Nachricht geschöpft hat. Denjenigen Beamten der neuen Provinzen von der früheren Verwaltung aber, welche sich der Neugestaltung der Dinge unterworfen, können wir ihre Gehälter und Pensionen nicht vorenthalten. Sie würden berechtigt sein, sie von uns gerichtlich zu fordern. Wenn der Hr. Vorredner aber tadelt, die R. preussische Diplomatie konseque nur durch Befestigung, so zeigt das nur, wie verschieden meine und seine Ansichten sind, und ich muß ihn deshalb daran erinnern, was ich ihm bereits früher gesagt in Betreff derjenigen Häuser, in welchen er, wie ich in der Diplomatie, anerkanntermaßen zu höherer Meisterhaftigkeit berufen ist und ich bewundere, wo er, eingebettet dieser Thatsachen, noch den Muth zu einer solchen Kritik, wie er sie eben ausgeübt hat, vernimmt. (Bravo rechts — Klatschen auf den Tribünen.) Der Präsident erklärt, daß diese Beifallsbezeugungen nicht statthaft seien. — Abg. Kannegießer beschränkt den von ihm und von dem Abg. v. Bismarck gestellten Antrag. Er theilt die Bedenken des Abg. Graf zu Eulenburg nicht; die völlerrechtlichen Anerkennungen des Norddeutschen Bundes werden sich schon allmählig vollziehen, sobald erst Reich und Mißgunst verschwunden ist. Wozu die Gesandten in Weimar, Oldenburg, Hamburg u. dgl. nützen, könne er nicht einsehen, er bitte deshalb, den betreffenden Antrag anzunehmen.

Minister-Präsident Graf v. Bismarck: Die Regierung hält den Antrag in seinem ersten Theile für prinzipiell zweifellos richtig, und ich befinde mich, ich konstatire es gern, damit in Uebereinstimmung, daß der jetzige Zustand ein Provisorium, ein Uebergangsstadium, aus welchem heraus sich eine stärkere Vertretung der deutschen Diplomatie entwickeln wird. Ich verweise Sie zur Begründung meiner Ansicht auf die Thatsache, daß bekanntermaßen an Sachen die Einlegung zur Konferenz gesendet, und Sachen in seiner Bundestreue — wie denn überhaupt das Verfahren Sachsens bei seinem Eintritt in den Bund ein durchaus bundesgetreues gewesen ist (Bravo! rechts.) — die Einladung an Preußen sendete, dem die diplomatische Vertretung des Bundes doch übertragen war. Wir streben diesem Ziele zu, aber mit Schonung der Bundesgenossen; wenn die Regierung und das Bundespräsidium nicht schon dazu geschritten, dem Bunde eine größere Vertretung nach Außen hin zu schaffen, so liegt der Grund nicht darin, weil sie fürchten, daß die auswärtigen Regierungen den Bund nicht anerkennen, sondern lediglich in der Schonung des Gesandtschaftsrechts der Bundesgenossen, und es wird, so lange die Bundesgenossen noch nicht selbst darauf verzichten, einzelnen Bundesgenossen Gesandtschaften zu halten, unbenommen bleiben und diesen es gestattet sein, den Schutz ihrer speziellen Staatsangehörigen auszuüben, so lange bis sie gewissermaßen als reife Früchte abfallen. Das diesmahlige Zusammenfinden der Bundesgesandten hat bereits dahin geführt, daß ich Gelegenheit genommen habe, bei Sr. Maj. mündlich die Ernennung von mehreren Bundesgesandten zu erbitten, welche auch in ganz kurzer Zeit bevorsteht. (Lebhafter Bravo.) — Was den zweiten Theil des Antrages anbelangt, so kann ich mich demselben nicht anschließen und möchte bitten, darin der Geschäftslande und den Erfahrungen der Regierung zu trauen. Diese Gesandtschaften sind eine unbedingte Nothwendigkeit und als Organe des Präsidiums und des Bundeskanzlers nicht gut entbehrlich. Welche Mittel wären wohl vorhanden, um auf die Bundesregierungen einzuwirken, wenn Sie die Gesandten im Wegfall bringen wollten. Ein direktes Schreiben an die Regierung hat nicht den Erfolg, wie ein persönliches Einwirken, wenn wir einen Vertreter dort haben. Wir bedürfen solcher Organe und das ganze Gebiet des Bundes ist durch Accreditiv-Preußens gedeckt. Ich möchte bitten, die Absicht des zweiten Theiles des Antrages aufzugeben. (Bravo!)

Abg. v. Bennigsen erklärt sich bei der Vertbeidigung seines Antrages für die Theilung desselben. Die Anerkennung des norddeutschen Bundes in völlerrechtlicher Beziehung wird ohne Zweifel erfolgen und in wenigen Jahren wird es nur noch Vertreter des norddeutschen Bundes geben. Wenn der norddeutsche Bund sich weiter so kräftig entwickelt, so wird das ganze Ausland den deutschen Staaten seine Anerkennung nicht verlagern. — Abg. v. Dieß kann sich mit der vom Grafen Eulenburg vorgeschlagenen Theilung des Antrages nicht ganz einverstanden erklären. — Abg. Dr. Löwe will zugeben, daß die diplomatische Vertretung in den Kleinstaaten nothwendig sei für den norddeutschen Bund, wozu dann aber die Kosten für dieselben Preußen auslegen? Redner verweist sodann auf den Posten der Gesandten von Hannover. Wenn er irgend welche Hoffnung an die Macht des Bundes knüpft, so sei es die: daß Preußen aufhören werde, ein Satellit der russischen Politik zu sein, und selbstständig Politik treiben werde. Ein solcher Gegenstand für die selbstständige Politik seien die Verhältnisse in den russischen Ostsee-Provinzen. Die russische Regierung trete für die Rechte der Christen in der Türkei und im Orient ein, aber ihre Noth sei nicht so groß, wie diejenige der ephischen und lettischen deutschen Bevölkerung in Rußland. Bei der Macht, die Preußen besitzt, könne es auch einmal sein Gewicht zu Gunsten dieser Bevölkerung in die Waagschale werfen.

Minister-Präsident Graf v. Bismarck: Ich glaube nicht, daß der Herr Abgeordnete uns einen gerechten Vorwurf macht, wenn er uns eine Satelliten-Politik Rußland gegenüber vorwirft, ich möchte ihm in dieser Beziehung die Ueberzeugung der russischen nationalen Moskauer Presse zu lesen empfehlen von dem Herrn Katkoun und Anderen, dort wird er finden, daß man von dort her die Verhältnisse gerade umgekehrt aufstellt, daß man sich auch dort das Bild eines Doppel-Gestirns denkt, aber nicht von gleicher

Gravitation, sondern daß man der russischen Regierung vorwirft, daß sie ihrerseits die Rolle des Monarchen übernehme, mit demselben Unrecht, mit dem der Herr Vorredner anzudeuten schien, daß Preußen sie seinerseits übernehme. Zwischen befreundeten großen Staaten, die keine freitragenden Interessen mit einander haben, giebt es unzählige Fälle, wo sie naturgemäß mit einander gehen, weil ihre Interessen dieselben sind, ohne daß man deshalb den Versuch zu machen braucht, die Beziehungen dadurch zu fördern und zu verbittern, daß man dem Einen die Rolle der Unterordnung, dem Andern die der Leitung zuwendet. Aus diesem Grunde, weil die russische nationale Empfindlichkeit genau so lebendig ist wie die unsrige, hätte ich auch gewünscht, daß der Herr Vorredner sich enthalten hätte, sich russischer Unterthanen anzunehmen, die er als von Seiten Rußlands bekräftigt bezeichnete. Wenn es ihm Ernst war, diesen Schützlingen wohlzutun, so kann ich ihm versichern, daß er genau das Gegenteil von seinem Zweck erreichen wird und ihm dieselben wenig danken werden, daß er so heisse Fragen wie diese und andere angeregt hat. Der Herr Vorredner sitzt hier in voller Sicherheit und spricht ganz ungenirt. Was aber die Folgen seiner Worte für diejenigen sein werden, die er hat schlingen wollen, das wollen wir abwarten; jede Regierung ist eiserstarrt auf ihre Unabhängigkeit, auf ihre Autonomie im Innern, und ich frage den Herrn Vorredner, ob er der R. Regierung zumuthen möchte, sich von irgend einer auswärtigen Regierung eine Einmischung in Bezug auf ihr Verhalten ihren Unterthanen gegenüber gefallen zu lassen? Ich glaube, er würde das mit derselben Entschiedenheit zurückweisen, mit welcher ich im Namen einer fremden und befreundeten Regierung den Versuch einer Einmischung in ihre Angelegenheiten — und im besten Interesse der Schützlinge, für die der Herr Vorredner sprach — zurückzuweisen für meine Pflicht halte, im Interesse einer kleinen Minorität von Deutschen, die unter einer Ueberzahl von Esten, Letten und einer noch größeren Ueberzahl von Russen, Einer gegen Tausend stehen; diese zu kompromittiren, ist kein guter Dienst, den man ihnen erweist. (Bravo! rechts.) In Bezug auf das weitere Feld, was der Herr Vorredner berührt, finde ich, daß der Zusammenhang desselben mit der gegenwärtigen Frage und mit Allem, was politischer Brauch und Logik mit sich bringt, so fern liegt, daß ich darauf nicht eingehe. Um aber mit dem Herrn Vorredner zur Sache, nämlich auf die Thätigkeit des preussischen Gesandten in St. Petersburg zu kommen, den ich nur ein paar Mal habe wirklich figuriren sehen, den er aber sonst in seiner Thätigkeit nicht weiter berührt, wie mir schien, so kann ich versichern, daß die Sorgfalt der Regierung ebenso aufmerksam auf die Verbesserung des Grenzverkehrs mit Rußland gerichtet ist, wie früher, mit wenig merkbarem Erfolge, aber doch mit einigem, indem wir wenigstens in diesen Tagen zu Verhandlungen gelangt sind, und zwar auf Anregung Rußlands selbst, in Folge deren einer der Provinzial-Steuer-Direktoren der östlichen Provinzen sich auf russische Aufforderung nach St. Petersburg begeben hat, und wir hoffen, daß bei diesen Verhandlungen der preussische Gesandte das Interesse, welches die königliche Regierung diesen Fragen widmet, wird betheiligen können, und daß die Rücksicht, die die russische Regierung auf die eigenen Unterthanen nimmt, uns dabei helfen und fördern wird, denn es ist immer — und der Herr Vorredner schien das mit Unrecht zu bestreiten — ein Vortheil, die Grenze der Grenze zu wohnen, die russischen Unterthanen jenseits der Grenze, die Bewohner der oberen Gebiete des Niemen und der Weichsel leiden unter dieser Grenzperre unendlich mehr, als die preussischen Einwohner beiderseits der Grenze, schon aus dem einfachen Grunde, weil die letzteren die Seeflässe besitzen und die ersteren Einwohner des Binnenlandes sind, dessen Ströme durch das preussische Gebiet münden. Wenn der Herr Vorredner hofft, daß das Mitleid der russischen Regierung mit den Leiden unserer preussischen Provinzen werde verwertet werden können, so habe ich in höherem Maße die Hoffnung, daß die kaiserliche Regierung zu der Ueberzeugung kommen wird, daß sie den Einwohnern ihrer eigenen Grenz-Provinzen noch in höherem Maße eine Förderung und Erleichterung des Verkehrs schuldig sei, und daß wir nach dieser Richtung hin, wenn auch langsam, doch stetige Fortschritte machen werden, ohne daß ich heute schon bestimmen könnte, wann wir das Ziel erreichen werden. (Bravo.)

(Schluß folgt.)

Hamburg, 9. Dezember. Die Bürgerschaft hat den Reichstags-Abgeordneten Mele zum Senator gewählt. Die demokratische Partei wurde bei der Wahl geschlagen, nachdem die Rechte auch bei der Wahl der Vertrauensmänner schon gesiegt hatte.

Dresden, 9. Dezember. Das „Dresdener Journal“ debattirt auf das Entschiedenste den in Pina erscheinenden Militärvereins-Kalender, welcher Artikel enthalte, die mit der von der Regierung an den Tag gelegten Auffassung der Bundesverhältnisse und mit der Handlungsweise der Regierung überhaupt im Widerspruch stehen. — Das Kriegsministerium erklärt in einer amtlichen Bekanntmachung gleichfalls, daß jener Kalender durchaus in keiner Beziehung weder zu den Kommandobehörden, noch zur Regierung stehe, daß er auch nicht Organ der sächsischen Militärvereine sei, denen politische Tendenzen fern liegen.

Stuttgart, 9. Dezember. Das Abgeordnetenhaus beschloß heute, daß das Mandat der gegenwärtigen Abgeordnetenversammlung bis zum 20. Februar 1868 sich erstrecken solle. Sodann wurde in die Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Gerichtsorganisation, eingetreten, dessen Annahme gesichert erscheint.

München, 9. Dezember. Auf der Militär-Konferenz haben die sämtlichen Vertreter der süddeutschen Staaten Namens derselben den festen Entschluß kundgegeben, bei einem etwaigen Kriege zwischen Preußen und Frankreich einmütig mit Preußen zusammenzutreten.

Anslaud.

Wien, 9. Dezember. Der Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses hat auf den Nachweis des Finanzministers, daß die beantragte Erhöhung der Prämienzahl nur einer Veränderung in der Form, nicht aber auch in der Höhe und Natur der schwelenden Schuld sei, den Beschluß gefaßt, dem bezüglichen Gesetzentwurf zuzustimmen, und auch dem Abgeordnetenhaus die Annahme desselben anzurathen.

Bern, 9. Dezember. Der Nationalrath verhandelte in heutiger Sitzung die Interpellation betreffend die von dem Bundesrath einseitig angenommene Einladung Frankreichs zur Konferenz. Der Präsident des Bundesrathes, Dubs, gab Erklärungen ab, welche die Versammlung für zufriedenstellend erachtete. Es wurde demnach über die Interpellation Tagesordnung beschlossen. Der Ständerath ertheilte dem zwischen den Uferstaaten des Bodensees bezüglich der internationalen Schifffahrts- und Hafenordnung abgeschlossenen Verträge seine Genehmigung.

Brüssel, 9. Dezember. Dechamps, Bischof von Namur, wird als Nachfolger des verstorbenen Kardinal-Erzbischofs von Mecheln bezeichnet. — Preußen und England rathen Italien, von Frankreich die Rückkehr zur September-Konvention zu verlangen.

Paris, 9. Dezember. In der heutigen Sitzung des Corps législatif spricht Hr. Emile Dillier über die auswärtige Politik der Regierung. Er sagt, daß der vorherrschende Charakter derselben eine unklare Agitation sei, welche in allen Fragen zur Machtlosigkeit führe; die Pforten des Janustempels seien niemals vollständig, sondern behutsam nur halb geöffnet. Hinsichtlich der Deutschen Angelegenheiten sei es unmöglich, die wirkliche Gestaltung der Regierung zu erkennen. Das Zirkulaire Lavallée's war noch ein Ausdruck der Befriedigung, nach der Schlacht von Sedona wurde man ängstlich; Drouyn de l'Huys verlangte Lanbau, Raftadt und die Rheinpfalz als Compensation für die Zulassung

der militärischen Allianz Nord- und Süddeutschlands. Hinsichtlich Italiens zeigten sich dieselben Widersprüche. Durch den Abschluß der September-Konvention sei thätiglich das Votum der Italienischen Kammer, daß Rom die Hauptstadt Italiens sei, acceptirt worden, gegenwärtig aber sei in den Erklärungen Rouher's die Zerstörung Italiens mit inbegriffen.

Die Mittheilung der „France“, daß anlässlich der Erklärungen Rouher's in dem Ministerium Meinungsverschiedenheiten entstanden seien, gewinnt an Konflikt und batten die formellen, verpflichtenden Erklärungen Rouher's die Veranlassung hierzu gegeben. Nach denselben wird die Konferenz in diplomatischen Kreisen für überflüssig, ja für unmöglich erachtet. — „Patrie“ versichert dagegen, daß diese Behauptungen aller und jeder Begründung entbehren. Das im Schooße der Regierung bestehende Einverständnis ist seinen Augenblick gestört worden.

Florenz, 9. Dezember. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer übernahm der neue Präsident, Kommandeur Lanza, den Vorsitz. Der Präsident theilte dem Hause mit, daß die Deputirten Micelli, La Porta und Villa Interpellationen in Bezug auf die Haltung der Regierung während der jüngsten politischen Ereignisse eingebracht hätten. — Der Deputirte Sella beantragte, daß vor der Debatte über die Interpellation folgende Motion zur Abstimmung gelange: „Die Kammer der Deputirten, ihrer Absicht getreu, das nationale Programm, durch welches Rom als Hauptstadt Italiens erklärt wird, unverletzt zu erhalten, ist zur Diskussion über die Interpellation übergegangen.“ Dieser Antrag ist sowohl von Mitgliedern der Rechten als der Linken unterzeichnet. Der Deputirte Sella hebt in seiner Rede die Wiederherstellung der italienischen Finanzen als hauptsächlich notwendig hervor; er weist darauf hin, daß, um nach Rom zu gehen und vor Allem dort zu bleiben, es notwendig sei, ernste Garantien Seitens Europa's zu haben und daß die italienische Regierung zu diesem Zwecke gehalten sei, eine lokale, friedliche Politik zu verfolgen. Der Deputirte Cortese bekämpft den Antrag Sella's, weil er von Mitgliedern der Rechten und der Linken unterstützt wäre und daher als zweideutig aufgefaßt werden könnte. Diese Zweideutigkeit bezöge sich nicht auf das Prinzip, daß Rom die Hauptstadt Italiens werden solle — worin Alle übereinstimmen — sondern auf die Mittel zu diesem Zwecke. Wir wünschen moralische Mittel, Andere Anwendung der Gewalt. Es sei notwendig, diese Differenz klar zu legen, um dauerlichen Folgen in Zukunft vorzubeugen. — Der Deputirte Crispi stimmt den Ansichten Cortese's vollständig bei. Die Zweideutigkeit müsse vermieden werden, es sei sehr notwendig, die Mittel zu beraten, um Rom zu erlangen, und später, wenn es notwendig sein sollte, Rom wieder als Hauptstadt Italiens zu proklamiren. — Der Ministerpräsident Menabrea sagte, er stimme mit Crispi auf die Nothwendigkeit, die Mittel zu beraten, überein. Es handle sich hier nicht um ideale Bestrebungen, sondern darum, praktische Resultate zu erreichen. Der Antrag Sella's löste die Diskussion über die Interpellation nur beeinträchtigen, auch dürfe der Minister einen Antrag, der in dieser Weise unterstützt wird, nicht billigen. Eine derartige Koalition von Parteien könne die Zweideutigkeiten nur verlängern. — Menabrea fährt fort: „Lassen Sie uns das Prinzip, welches uns Allen am Herzen liegt, weder diskutiren, noch bestätigen, lassen Sie uns die Mittel beraten und den Weg deutlich bezeichnen, welchen wir zu verfolgen beabsichtigen. Ueber diesen Punkt hat sich die Regierung unverholen erklärt, sie wird ihre Ansichten mit Festigkeit behaupten. Das Land, der Zweideutigkeiten müde, wünscht zu wissen, wohin und mit wem wir gehen. Wenn die Römische Frage nicht früher gelöst worden ist, so klagen Sie nicht die rechte Seite dieses Hauses an, sondern jene, welche das Land an den Pand des Abgrundes gedrückt haben. Schließlich sagt der Minister, der Antrag Sella's behaupte nur unbestimmt das Prinzip der Frage, und sei einer Diskussion des Parlaments nicht werth.“

Nach der Rede La Porta's, welcher den Antrag bekämpfte und die Politik der Regierung tadelte, sprach sich die Kammer mit 201 gegen 166 Stimmen dagegen aus, die Motion Sella's vor der Tagesordnung zu beraten. Daraus zog Sella seine Motion zurück.

Die Kammer ging darauf zur Diskussion der Interpellation der Abgeordneten Micelli und La Porta über. La Porta ergriff das Wort und erging sich in heftigem Tadel der von der Regierung in der Römischen Frage verfolgten Politik. Er verweilte mit Nachdruck bei der französischen Intervention und den neuerlichen Erklärungen Rouher's. Die Sitzung wurde alsdann geschlossen und die Debatte bis auf morgen vertagt.

Newyork, 8. Dezember. Die Schuld der Vereinigten Staaten belief sich am 1. Dezember auf 2,639,000,000 Dollars. Im Staatskassenschatz befand sich an dem Tage ein Vorrath von 138,000,000 Doll. — Nachrichten aus Mexiko vom 27. November melden, daß Juarez Guatemala den Krieg erklärt habe.

Pommern.

Stettin, 10. Dezember. In Folge des seit Sonntag eingetretenen Frostwetters ist das Leuchtschiff Swantepfisch gestern von seiner Station in Winterlage gebracht. Das Hoff war gestern schon, soweit das Auge reichte, mit einer Eiskrude belegt, ebenso war der Dammanich und das Papenwasser mit Ausnahme weniger Stellen fest zugefroren. Heute zeigt sich auch in der Oder schon überall Eis.

In der gestrigen Monats-Versammlung „des Stettiner Gartenbau-Vereins“ machte zunächst Herr Haffner-Nadelow Mittheilung über eine auf der Pariser Ausstellung prämierte „Trauer-Hafelnuß“, die als Einzelstrauch auf Rasen von großem Effekt, aber bis jetzt auch noch ziemlich theuer sei. — Hr. Konjul Risler hatte eine vor 2 Jahren neu in den Handel gekommene Iridea Schizortilla coccinea in voller Blütenpracht ausgestellt. Die Kultur dieser Pflanze ist nicht schwer und um so lohnender, als die Pflanze ihre schönen Blüten gerade in der an Blumen ärmsten Jahreszeit entfaltet. — Die im Fragekasten befindlichen Fragen werden, gemäß dem in voriger Sitzung gefaßten Beschluß, an sachverständige Mitglieder zur Debatte und Berichterstattung für die nächste Versammlung übergeben. — Schließlich hielt Herr Obergärtner Schüp einen sehr gelegenen Vortrag über „Camellienzucht“.

Nach der Ausführung des Ober-Tribunals macht sich derjenige einer Gewerbesteuer-Defraude schuldig, welcher ein

unbefugter Weise betriebenes Gewerbe nicht zur Besteuerung angemeldet hat.

Ein neues Obertribunal-Erkenntnis enthält folgenden Rechtsgrundsatz: „Eine Verletzung, welche Jemand in dem guten Glauben vornahm, dadurch ein ihm zustehendes Recht zu wahren, ist straflos, selbst wenn der Richter finden sollte, daß es derselben zur Wahrung des Rechts nicht bedurft habe.“

Ein Kaufmann verkaufte mehrere Sachen, welche ihm und mehreren Handelsgesellschaften gemeinschaftlich gehörten; deshalb wegen Unterschlagung angeklagt, behauptete er: ein Mittheilung an der gemeinschaftlichen Sache nicht schuldig machen. Er ist aber verurtheilt worden; das Obertribunal führte aus: „Ein Mittheilung, insbesondere auch ein Handelsgesellschafter, kann an der gemeinschaftlichen Sache zum Nachtheile der Uebrigen eine Unterschlagung begehen.“

Ueber die Verpflichtung der Gutspächter zu Leistungen für die Schule sagt ein Reskript des Kultusministers vom 21. September: Der Pächter gehört für seine Person zu den Hausvätern der betreffenden Schulgemeinde und ist demgemäß zu dem Gehaltszuschuß beizutragen verpflichtet. Der Umstand, daß er seine Kinder nicht in die Elementarschule schickt, befreit ihn hiervon nicht, da gesetzlich auch kinderlose Mitglieder der Schulgemeinde zur Unterhaltung der Schule beizutragen verpflichtet sind.

Ein noch ziemlich junges Brauzimmer macht in neuerer Zeit ein lohnendes Gewerbe daraus, in hiesigen größeren Geschäften im angeleglichen Auftrage eines höheren aktiven Militärs werthvolle Gegenstände zur Ansicht für ihren Auftraggeber zu erbitten und mit denselben so schnell spurlos zu verschwinden. Es wird sich deshalb empfehlen, daß die Geschäftsteile auf jene Person ein wachsames Auge richten.

Der eintretende Winter macht sein Recht in jeder Beziehung geltend. Ein sprechender Beweis dafür ist, daß sich im Laufe des gestrigen Abends und der letzten Nacht im hiesigen Polizeigefängnis nicht weniger als 7 Personen „obdachlos“ meldeten, um freies Nachquartier zu erhalten.

Garz a. D., 9. Dezember. Eine der heftigsten Tagesfragen hiesiger Stadt hat nunmehr ihren vorläufigen Abschluß gefunden. In der öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten vom 4. d. M. nämlich ist mit 12 gegen 10 Stimmen die Errichtung einer höheren Schule und zwar eines Progymnasiums beschlossen worden. Die weitere Bearbeitung der Angelegenheit wird nun der Magistrat, dessen sämtliche Mitglieder ein lobenswerthes Interesse daran an den Tag legen, in die Hand nehmen und es ist gegründete Hoffnung vorhanden, daß Garz und Umgegend sich recht bald, wo möglich schon Ausgangs 1868, der Segnungen einer höheren Lehranstalt erfreuen werden.

Viehmarkte.

Berlin, Am 9. Dezember. c. w. an am Schlachtvieh auf hiesigen Viehmarkt zum Verkauf aufgetrieben: An Rindvieh 1041 Stück. Der Handel war bei heutigen Zutritten ziemlich lebhaft, und wurde beste Waare mit 17, auch 18 \mathcal{R} , mittel 13 bis 15 \mathcal{R} , ordinäre 9—11 \mathcal{R} pro 100 Pfd. Fleischgewicht bezahlt. An Schweinen 3372 Stück. Die Durchschnittspreise waren ebenso gedrückt, als vorwöchentlich. Beste feine Kernwaare konnte nicht sicher 17 \mathcal{R} pro 100 Pfd. Fleischgewicht erzielen. An Schafvieh 1887 Stück, welche zu anhaltend höheren Preisen aufgeräumt wurden. An Kälbern 504 Stück, wofür sich die Durchschnittspreise bei lebhaftem Verkehr mittelmäßig gestalteten.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 9. Dezember, Nachmittags. Angelommene Schiffe: Ernestine Seydel Winber, von Gull. Fortuna, Södermann, von Leer. Otto, Rüssel, von Antwerpen. Pius IX., Revere, von Newcastle. Archimedes (SD), Darmer, von Königsberg. Carl, Bagels, von Gull. Joan, Gofz, von Newcastle, letzte 2 löschten in Swinemünde. Wind: NW. Revier 16 $\frac{1}{2}$ f. Strom ausgehend. 2 Segelschiffe und 1 Dampfschiff seawärts aufkommend.

Börsen-Berichte.

Stettin, 10. Dezember. Witterung: Schneetreiben, Temperatur — 3°, Morgens — 7° R. Wind: SW.

An der Börse.
Weizen behauptet, per 2125 Pfd. loco gelber inländischer 93—96 \mathcal{R} bez., huter polnischer 92—95 \mathcal{R} bez., ungarischer 85—88 \mathcal{R} bez., feiner mährischer und ungarischer 90—91 \mathcal{R} bez., ordin. ungarischer 80—84 \mathcal{R} bez., 83—85 Pfd. gelber December 94 \mathcal{R} nom., Frühjahr 96, 96 $\frac{1}{2}$ \mathcal{R} bez. Roggen wenig verändert, pr. 2000 Pfd. loco geringer 70—72 \mathcal{R} bez., ungarischer 73 $\frac{1}{2}$, 74 \mathcal{R} bez., polnischer 72 $\frac{1}{2}$ \mathcal{R} bez., December 73 $\frac{1}{2}$ \mathcal{R} bez., Frühjahr 73 $\frac{1}{2}$, 73 \mathcal{R} bez. Gerste per 1750 Pfd. loco märkische 51 $\frac{1}{2}$ \mathcal{R} bez., Oberbruch 51 \mathcal{R} bez., schles. 50, 50 $\frac{1}{2}$ \mathcal{R} , mähr. 52 \mathcal{R} bez., Frühjahr 69—70 Pfd. schles. 53 \mathcal{R} Ob., 54 Br. Hafer loco pr. 130 Pfd. 34 $\frac{1}{2}$ —35 \mathcal{R} bez., 47—50 Pfd. Frühjahr 36 $\frac{1}{2}$ \mathcal{R} bez., $\frac{1}{4}$ Ob. Erbsen loco pr. 2250 Pfd. Futter- 64—65 $\frac{1}{2}$ \mathcal{R} bez., Koch- 66 bis 67 $\frac{1}{2}$ \mathcal{R} bez., Frühjahr Futter- 68 \mathcal{R} Ob., 69 Br. Rüböl behauptet, loco 10 $\frac{1}{2}$ \mathcal{R} Br., December 10 $\frac{1}{2}$ \mathcal{R} bez., 10 $\frac{1}{2}$ Ob., Januar 10 $\frac{1}{2}$ \mathcal{R} bez., April-Mai 10 $\frac{1}{2}$ \mathcal{R} bez., $\frac{1}{4}$ \mathcal{R} bez., $\frac{1}{2}$ Br. Spiritus wenig verändert, loco ohne Faß 20 $\frac{1}{2}$ \mathcal{R} bez., December und December-Januar 20 $\frac{1}{2}$ \mathcal{R} bez., Frühjahr 20 $\frac{1}{2}$ \mathcal{R} bez., 21 Br. Regulirungs-Preise: Weizen 94, Roggen 73 $\frac{1}{2}$, Rüböl 10 $\frac{1}{2}$, Spiritus 20 $\frac{1}{2}$.

Hamburg, 9. Dezember. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco ruhig. Weizen pr. December 5400 Pfd. netto 167 Bankothaler Br., 166 $\frac{1}{2}$ Ob., pr. December-Januar 166 $\frac{1}{2}$ Br., 166 Ob., pr. Frühjahr 171 $\frac{1}{2}$ Br., 171 Ob. Roggen pr. December 5000 Pfd. Brutto 136 Br. u. Ob., pr. December-Januar 135 Br. u. Ob., pr. Frühjahr 133 Br., 132 $\frac{1}{2}$ Ob. Hafer stille. Rüböl stille, loco 22 $\frac{1}{2}$, pr. Mai 23 $\frac{1}{4}$. Spiritus, Kaffee und Zinl unverändert. — Frostwetter.

Amsterdam, 9. Dezember. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen loco matt, pr. März 310, pr. Mai 309. Raps pr. April 72, pr. Oktober 72. Rüböl pr. Mai 37 $\frac{1}{4}$, pr. November-December 1868 38 $\frac{1}{2}$.

London, 9. Dezember. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Gesammt-Zufuhren seit vergangener Montag: Weizen 56,707, Gerste 12,880, Hafer 28,902 Quartiers.

Weizen englischer nur seine Qualität zu Montagspreisen verkauft, fremder ruhig. Gerste 1 s höher. Hafer, 6 d höher. — Frostwetter.